

Landesdelegiertenkonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW 16.
August, Dortmund

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.08.2020
Tagesordnungspunkt: AL Aktuelle Politische Lage

Antragstext

- 1 Die Corona-Pandemie beherrscht seit Monaten den Alltag in Nordrhein-Westfalen.
- 2 Hier fand einer der ersten großen Ausbrüche statt. Fast 50.000 Menschen haben
- 3 sich bisher mit dem Corona-Virus infiziert und über 1.700 Menschen sind in
- 4 diesem Zusammenhang verstorben. Monatelang konnten Kinder nicht in die Kita oder
- 5 zur Schule gehen. Viele Eltern, besonders Frauen, haben ihren Jahresurlaub als
- 6 Aushilferzieher*innen und -lehrer*innen verbracht. Hunderttausende Menschen in
- 7 Nordrhein-Westfalen sind in Kurzarbeit oder haben ihre Arbeit verloren,
- 8 unzählige wirtschaftliche Existenzen sind gefährdet oder vernichtet. Der Betrieb
- 9 vieler Einrichtungen läuft immer noch eingeschränkt.

- 10 Deutschland und NRW sind im internationalen Vergleich relativ glimpflich durch
- 11 die erste Pandemie-Welle gekommen. Wir GRÜNE haben von Anfang an die strikten
- 12 Maßnahmen zur Eindämmung des Virus unterstützt. Was wir in vielen anderen
- 13 Politikbereichen seit Jahren fordern – Listen to Science – wurde zu Beginn der
- 14 Pandemie erfolgreich umgesetzt. Das hat viele Menschenleben gerettet und unser
- 15 Gesundheitssystem vor der Überforderung bewahrt.

- 16 Wir befinden uns immer noch mitten in der Pandemie. Bis ein Impfstoff oder
- 17 wirksames Medikament gefunden und verbreitet ist, wird uns die Eindämmung des
- 18 Virus noch viele Monate begleiten. Für uns GRÜNE steht an oberster Stelle, dass
- 19 wir das Virus so in Schach halten, dass die Infektionsketten vor Ort
- 20 nachvollziehbar bleiben und wir nicht nochmal ähnlich tiefgreifende Shutdown-
- 21 Maßnahmen wie im März und April brauchen. Das ist eine riesige Herausforderung
- 22 und stellt Politik vor schwierige Abwägungen, die Balance zwischen Gesundheits-
- 23 und Infektionsschutz auf der einen und der Einschränkung von Freiheit auf der
- 24 anderen Seite zu treffen. Richtschnur dafür muss ein wissenschaftlich fundiertes
- 25 Corona-Management sein, das dem Vorsorgeprinzip folgt, die Lebenssituation der
- 26 Schwächsten berücksichtigt und Bürger*innen sowie denen, die diese Politik
- 27 umsetzen, klar und transparent kommuniziert wird.

- 28 Auch in der Krise müssen Grundrechte gesichert werden. Das Grundrecht auf Leben
- 29 und körperliche Unversehrtheit ist unbedingt zu achten. Wir fordern eine
- 30 zwischen Bund und Ländern abgestimmte, fortentwickelte, permanent evaluierte und
- 31 transparente Maßnahmenliste mit Sachständen und Bewertungsergebnissen. Bedingung
- 32 dafür ist die Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen. Das
- 33 Infektionsschutzgesetz erlaubt die Einschränkung von anderen Grundrechten, um
- 34 die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Einschränkungen unserer Grundrechte,
- 35 wie zum Beispiel das Kontaktverbot, müssen immer zeitlich begrenzt sein und
- 36 andauernd nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip überprüft werden. Die

37 Einschränkung von Grundrechten kann immer nur der letzte Weg sein. Wir
38 beobachten mit Sorge, wie Verschwörungstheoretiker*innen und Rechte die Sorgen
39 der Menschen instrumentalisieren und die Debatte um Grundrechte mit falschen
40 Argumenten füttern, um für ihre Zwecke Hass zu säen.

41 Zugleich wollen wir GRÜNE auch über das kurzfristige Krisenmanagement
42 hinausdenken, wollen Gelegenheiten nutzen, heute das Morgen zu gestalten. Die
43 Corona-Krise lässt uns vieles neu überdenken und anders machen. Wie wir
44 arbeiten, uns fortbewegen, lernen und miteinander leben – all das wird gerade
45 neu verhandelt.

46 Wir GRÜNE treten bei der Kommunalwahl am 13. September dafür an, Mut zu machen
47 und Hoffnung auf ein besseres Morgen zu geben. Denn eine Rückkehr zur „alten
48 Normalität“ ist für uns nicht erstrebenswert. Viele Probleme waren hier schon
49 angelegt: soziale Ungleichheit und ein nicht inklusives Bildungssystem, das
50 diese noch verschärft, der Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen, eine
51 schwache soziale Infrastruktur, ungleiche Aufteilung der Care-Arbeit zwischen
52 den Geschlechtern und ungleiche demokratische Teilhabechancen.

53 Bei allem notwendigen, kurzfristigen Krisenmanagement dürfen wir nicht
54 vergessen: Wir haben jetzt die Chance, langfristige politische Weichen für eine
55 freiere und gerechtere Gesellschaft zu stellen und für eine widerstandsfähige
56 Wirtschaft, die mit der Natur arbeitet statt gegen sie. Diese Chance wollen wir
57 nutzen.

58 **Corona bekämpfen - vorsorgend, transparent,** 59 **verhältnismäßig und wissenschaftlich fundiert**

60 Unserem Ansatz, jetzt einen nachhaltigen Wandel zu gestalten, steht eine
61 Landesregierung gegenüber, die sich dem Mantra der schnellstmöglichen Rückkehr
62 in „Verantwortungsvolle Normalität“ verschrieben hat. Doch die Betonung liegt
63 bisher zu wenig auf dem Begriff der „Verantwortung“. Denn die darf weder auf die
64 Kommunen noch auf die einzelnen Bürger*innen abgewälzt werden. Wer öffnet, trägt
65 Verantwortung. Dafür, dass im Hintergrund alles getan wird, um Infektionsrisiken
66 klein zu halten, neue Infektionsketten früh zu erkennen und besonders gefährdete
67 Gruppen zu schützen. Dafür brauchen wir vor allem eine umfassende Teststrategie
68 mit mehr Tests in Schulen, Kitas, Pflegeheimen und Sammelunterkünften sowie in
69 potenziellen Hotspots wie Schlachthöfen, Betrieben der fleischverarbeitenden
70 Industrie und Logistikzentren. Nur so können Infektionsketten frühzeitig
71 unterbrochen werden und größere Infektionsausbrüche verhindert werden. Diese
72 Strategie bleibt die Landesregierung nach wie vor schuldig. Die Beibehaltung der
73 Maskenpflicht in Bus und Bahn, beim Einkaufen und immer dort, wo die notwendige
74 physische Distanz nicht eingehalten werden kann, halten wir für ein
75 verhältnismäßiges Mittel zur Eindämmung von Neuinfektionen.

76 Wir setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die Öffnungen umsetzen – Schul- und
77 Kitaleitungen, Pflegeheime, kommunale Verwaltungen oder Unternehmer*innen –
78 genügend Zeit bekommen, sich auf veränderte Regeln einzustellen. Die Vorgaben

79 und Rahmenbedingungen müssen klar sein und die Landesregierung muss bessere
80 Unterstützung leisten. Von der Schulöffnung im Mai bis zum skandalösen Fall
81 Tönnies ist klar geworden, dass Laschets Öffnungspolitik bisher häufig übereilt
82 und unklar war. Wir GRÜNE stellen uns entschieden dagegen, wenn die Schuld für
83 die Konsequenzen eines schlechten Corona-Managements auf andere geschoben wird –
84 etwa auf aus Südosteuropa eingereisten Arbeitnehmer*innen in der
85 Fleischindustrie. Es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse, und deshalb
86 darf es auch bei Arbeits-, Gesundheits- oder Infektionsschutz keine doppelten
87 Standards geben, so wie es anscheinend jahrelang der Fall gewesen ist. Wer hier
88 arbeitet, ob mit deutschem, rumänischem oder bulgarischem Pass, hat den
89 Anspruch, vor Ausbeutung und Gesundheitsgefahren geschützt zu werden.

90 Die Corona-Pandemie ist für uns alle nicht nur eine große Herausforderung, sie
91 deckt auch systembedingte Missstände gnadenlos auf. Die Massenunterbringung von
92 Geflüchteten über einen längeren Zeitraum – teilweise sogar bis zu 24 Monate –
93 war für uns GRÜNE schon vor der Corona-Krise inakzeptabel. Die Bewohnerinnen und
94 Bewohner der Flüchtlingsunterkünfte teilen sich oftmals mit mehreren Personen
95 ein Zimmer, sanitäre Anlagen und Gemeinschaftsküchen, die angemessene Hygiene-
96 und Schutzstandards insbesondere während einer Pandemie unmöglich machen.

97 Wir fordern deshalb, Geflüchtete möglichst schnell dezentral in den Kommunen
98 unterzubringen. Vulnerable Personen und Menschen, die den sogenannten Covid-19-
99 Risikogruppen angehören, müssen in den Flüchtlingsunterkünften systematisch und
100 schnell identifiziert und erfasst werden, um für sie besondere Schutzbedarfe
101 berücksichtigen zu können wie z. B. Unterbringung in getrennten Räumen, Schutz
102 vor Gewalt in Quarantäne, psychologische Betreuung, um Retraumatisierung zu
103 vermeiden. Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen präventiv und in
104 geeigneter Weise über Corona, allgemeine Schutzmaßnahmen und Verhalten im
105 Erkrankungsfall umfassend aufgeklärt werden. Neben mehrsprachigen
106 Informationsangeboten müssen für Aufklärung und Prävention auch verstärkt
107 Sprachmittler*innen eingesetzt werden. In allen Unterkünften für Geflüchtete
108 muss zudem der kostenlose Zugang zum Internet gewährleistet werden. Auch über
109 NRW hinaus sagen wir: Leave no one behind. Deshalb setzen wir uns dafür ein,
110 dass NRW ein Kontingent von Flüchtlingen aus den völlig überfüllten
111 Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aufnimmt.

112 Wir streiten für eine veränderte Prioritätensetzung im Corona-Management. Armin
113 Laschets Öffnungspolitik war rhetorisch eine soziale, aber die Lockerungen waren
114 vor allem ökonomisch motiviert. Für Fußballspiele gab es früher Lösungen als für
115 Pflegeheime, Möbelhäuser hatten eine höhere Priorität als Kinderspielplätze.
116 Vorkehrungen, damit auch Angehörige besonders gefährdeter Gruppen ihre sozialen
117 Grundbedürfnisse ausleben können, müssen in Zukunft im Vordergrund stehen.

118 Für Schulen und Kitas braucht es einen Plan B, damit bei einer zweiten
119 Pandemiewelle eine Alternative zu Totalschließungen besteht. Denn die Corona-
120 Krise darf nicht zur Bildungskrise werden. Viel zu lang hat die Perspektive von
121 Kindern und Familien im öffentlichen Krisenmanagement eine untergeordnete Rolle
122 gespielt.

123 Bei der Schulöffnung haben wir uns früh dafür ausgesprochen, den Fokus nicht auf
124 Abschlussprüfungen, sondern auf pädagogische Bedarfe zu legen. Jetzt steht mit
125 der flächendeckenden Schulöffnung die nächste Bewährungsprobe an. Wir GRÜNE
126 haben schon im Frühjahr gefordert, dass rechtzeitig Konzepte dafür entwickelt
127 werden, dass möglichst alle Schüler*innen wieder regelmäßig Präsenzunterricht in
128 ihrer Schule erleben. Wir haben dafür auch konkrete Vorschläge vorgelegt. Anders
129 als die Landesregierung setzen wir dabei aber nicht darauf, dass flächendeckend
130 Abstandsregelungen ausgesetzt werden und Unterricht im vorgeblichen
131 "Regelbetrieb" stattfindet – in der Hoffnung, dass es schon gut gehen würde.
132 Schon jetzt wird die Landesregierung von ihren Versäumnissen eingeholt – die
133 Maskenpflicht an Schulen ist die Konsequenz einer Planung, die Unterricht mit 30
134 Kindern in schlecht zu belüftenden Räumen als alternativlos ansieht. „Das
135 Prinzip Hoffnung“ ersetzt keine verantwortliche Planung im Pandemiefall. Wir
136 halten deshalb an einem Plan B fest: Wir brauchen zusätzliches Personal in Form
137 von Lernbegleiteams u.a. aus Lehramtsstudierenden und Pensionär*innen, aber
138 auch aus studierten Quereinsteiger*innen der Geistes- und Naturwissenschaften
139 sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Bildungsarbeit, z.B. Teach First.
140 Wir brauchen zusätzliche Räumlichkeiten außerhalb der Schulen, z.B. in
141 Vereinsheimen und Kirchengemeinden. So kann der Unterricht in festen
142 Kleingruppen organisiert werden. Gleichzeitig brauchen wir eine Regeltestung von
143 Schüler*innen und Lehrer*innen. Und es braucht eine Strategie für den Einsatz
144 digitaler Lernplattformen. Alle Schüler*innen in NRW müssen mit digitalen
145 Geräten und Kompetenzen ausgestattet werden, damit in Zukunft gemischte
146 Unterrichtskonzepte ohne Benachteiligung einkommensschwächerer Gruppen oder
147 Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen möglich sind.

148 Auch viele Studierende wurden von der Corona-Krise hart getroffen. Klassische
149 studentische Beschäftigungsfelder, wie z. B. Nebenjobs in der Gastronomie, im
150 Einzelhandel sowie in der Event-Branche sind weggefallen. Die deutlich erhöhten
151 Studienabbruchquoten wie in Berlin alarmieren. Die Krise wurde zum Systemtest.
152 Das BAföG erreicht derzeit nur noch rund 15 % der Studierenden, die Zahlen sind
153 weiter rückläufig. Was Corona nur nochmal deutlicher gezeigt hat ist, dass wir
154 endlich die Öffnung sowie eine grundlegende Reform des BAföG brauchen, damit die
155 Corona-Krise die Unterschiede bei den Bildungschancen nicht vertieft.

156 In NRW gibt es hunderttausende Selbstständige sowie kleine und mittlere
157 Unternehmen. Auch unter ihnen sind tausende von der Krise hart getroffen, vor
158 allem aus der Veranstaltungsbranche, im Gastgewerbe, bei Schaustellern oder
159 Kulturschaffenden. Es ist richtig, dass das Land und der Bund mit „Soforthilfen“
160 und Bürgschaften einen Beitrag leisten, drohende Insolvenzen zu verhindern und
161 damit die Vielfalt in unserer Wirtschaft, Kultur und dem Gastgewerbe zu
162 erhalten. Die Soforthilfen des Bundes gehen leider komplett an der
163 Lebenswirklichkeit vieler Solo-Selbstständigen vorbei, da keine Kosten des
164 Lebensunterhaltes abgerechnet werden können. Obwohl die restriktiven Auflagen
165 für Großveranstaltungen verlängert wurden, ließ die Bundesregierung die davon
166 Betroffenen mit ihrem Konjunkturpaket im Regen stehen. Inzwischen drohen vielen,
167 die das Bundesprogramm in NRW in Anspruch genommen haben, Rückzahlungen, da die
168 Landesregierung zu Beginn andere Voraussetzungen kommuniziert hatte. Es ist gut,

169 dass die Landesregierung auf Druck der Betroffenen und der Opposition die
170 Rückzahlung ausgesetzt hat. Jetzt muss klar gemacht werden: Die
171 Abrechnungsregeln dürfen nicht im Nachhinein geändert werden oder zu neuen
172 Engpässen führen. Das landeseigene kleine Hilfsprogramm zur Existenzsicherung,
173 das die Landesregierung auf enormen Druck u. a. von GRÜNEN aufgelegt hat, ist
174 mit so vielen Hürden und Auflagen versehen, dass es nur wenige in Anspruch
175 nehmen können. Wir erneuern unsere Forderung nach einem wirksamen Rettungsschirm
176 für Betriebe und Selbstständige, die unsere Innenstädte und das
177 gesellschaftliche Leben tragen: Hotellerie, Gaststätten, Einzelhandel und
178 Kulturschaffende.

179 **Krisenprävention - Vorsorge als Prinzip**

180 Wir haben in Nordrhein-Westfalen einen gut aufgestellten Katastrophenschutz. Das
181 haben die - zumeist ehrenamtlichen - Mitglieder von Feuerwehr, Technischem
182 Hilfswerk und Hilfsorganisationen auch in der aktuellen Corona-Krise wieder
183 einmal unter Beweis gestellt. Jetzt gilt es jedoch auch, wichtige Lehren aus der
184 Corona-Krise zu ziehen und eine bessere Vorsorge für die Zukunft zu betreiben.
185 Risikoanalysen für unterschiedliche Katastrophenszenarien müssen verpflichtend
186 sein. Und die Ergebnisse müssen von Bund, Ländern und Kommunen dann auch
187 umgesetzt werden. Anhand der bereits in der Vergangenheit durchgeführten
188 Risikoanalysen gilt es jetzt zu bewerten, wie Nordrhein-Westfalen für etwaige
189 Krisen aufgestellt ist. Wir fordern die Landesregierung hierzu auf, eine
190 Kommission „Katastrophenvorsorge NRW“ einzusetzen und die Ergebnisse dann auch
191 entsprechend umzusetzen, beispielsweise, indem mehr krisenrelevante
192 Infrastruktur von Schutzausrüstung bis zu Krankenhauskapazitäten vorgehalten
193 wird. Jetzt ist auch die Zeit, die Rechtsgrundlagen zu schaffen, um im
194 Krisenfall Unternehmen in besonders krisenrelevanten Branchen in die Pflicht zu
195 nehmen. Kritische Infrastrukturen müssen verpflichtend ausreichend Vorsorge
196 betreiben, um im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen
197 Gütern und Dienstleistungen aufrecht erhalten zu können.

198 Während landesweit 59 Krisenstäbe in den Kreisen und kreisfreien Städten sowie
199 der Bezirksregierungen aktiviert sind, um alle Aktivitäten rund um die Corona-
200 Krise zu koordinieren, ist und war während der gesamten Zeit ein Krisenstab
201 nicht aktiviert: Der Krisenstab der Landesregierung. Wir wollen, dass die
202 staatlichen Behörden im Krisenfall handlungsfähiger werden: Es muss klar sein,
203 wer was zu tun hat. Das darf nicht erst in der Krise geklärt werden. Die
204 Kompetenzen zwischen den Ressorts für den Krisenfall müssen klar geregelt
205 werden. Wir fordern außerdem die Einrichtung einer Zentralstelle beim Bundesamt
206 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die den Informationsaustausch über
207 Ländergrenzen hinweg verbessern und - wenn nötig - ein einheitliches Vorgehen
208 insbesondere im Hinblick auf den Einsatz begrenzter Ressourcen absichern soll.

209 Katastrophenschutz baut auf Selbstschutz und Selbsthilfe auf. Ein vorsorgender
210 Staat unterstützt die Bevölkerung darin, sich selbst zu helfen. Deshalb wollen
211 wir, dass das Land gemeinsam mit den Organisationen im Katastrophenschutz ein
212 Aufklärungsprogramm auflegt, das die Selbsthilfefähigkeit verbessert - von

213 Erste-Hilfe-Kursen, (Online-)Trainings für passendes Verhalten in
214 Gefahrensituationen bis zur Aufklärung zum Vorteil von Bevorratung von
215 Lebensmitteln.

216 Ohne die starke Bürger*innengesellschaft in NRW wären wir wesentlich schlechter
217 durch die Krise gekommen – von der spontanen Nachbarschaftshilfe bis zu den
218 großen Hilfsorganisationen haben wir ein Netz, das uns trägt und Sicherheit
219 gibt. Dieses Netz des freiwilligen Engagements wollen wir stärken – die
220 Feuerwehren, das technische Hilfswerk, die Hilfsorganisationen, aber auch kleine
221 Vereine und Initiativen. Wir wollen eine Ehrenamtsstrategie mit breiter
222 Beteiligung, um die Rahmenbedingung und die Unterstützung für Ehrenamt und
223 Engagement zu verbessern. Wir wollen die kontinuierliche Aus- und Fortbildung
224 erleichtern, Barrieren abbauen und die Vielfalt unserer Gesellschaft im
225 Engagement noch besser repräsentiert wissen.

226 **Corona bekämpfen - solidarisch in Europa**

227 Die Corona-Krise überstehen wir nur in einem starken, gemeinsam agierenden
228 Europa. Wenn in der Not Patient*innen aus Italien, Frankreich und anderen
229 Nachbarländern in NRW behandelt werden, lebt die Solidarität neu auf. Wir
230 begrüßen eine deutlich gestärkte europäische Zusammenarbeit im
231 Gesundheitsbereich, um vorhandene Ressourcen gemeinsam effizient zu nutzen,
232 damit Europa widerstandsfähiger aus der Krise hervorgeht. Europaweit gute Regeln
233 ermöglichen auch uneingeschränkte Reisefreiheit und den Binnenmarkt, von dem NRW
234 im Herzen Europas besonders profitiert. Wer blind Grenzen schließt gefährdet
235 das, was in Jahrzehnten der Zusammenarbeit erreicht wurde und lässt alte
236 Ressentiments aufleben. Wenn auf beiden Seiten gute Regeln herrschen, machen
237 Grenzsicherungen keinen Sinn. Wir GRÜNE setzen uns für europäische
238 Zusammenarbeit und offene Grenzen in Europa ein.

239 Mit großer Sorge haben wir die Angriffe auf die Rechte von LGBTIQ* und Frauen in
240 der Corona-Krise im europäischen Ausland verfolgt. In Ländern wie Polen, Ungarn
241 und Rumänien sind zum Teil unter dem Deckmantel von Maßnahmen gegen die Pandemie
242 massiv Minderheiten angegriffen worden. Wir GRÜNE verurteilen diese Angriffe auf
243 die Menschenrechte europäischer Bürger*innen scharf. Wir werden uns weiter für
244 die Rechte von Frauen und queeren Personen in ganz Europa stark machen und dafür
245 auch bestehende Vernetzungen, z. B. Städtepartnerschaften, nutzen.

246 **Raus aus der Wirtschaftskrise - Green New Deal** 247 **für NRW**

248 Bei der Bekämpfung der Corona-Krise haben Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
249 Handlungsfähigkeit bewiesen. Unglaubliche Ressourcen wurden mobilisiert. Das
250 gleiche Engagement muss auch für die Bewahrung unserer natürlichen
251 Lebensgrundlagen gelten. Alle Investitionen müssen deshalb jetzt eine doppelte
252 Rendite haben: Für den Wiederaufschwung und für eine nachhaltigere, gerechtere
253 und widerstandsfähigere Gesellschaft. Der Weg aus der Krise muss vom

254 Leitgedanken der sozialen, demokratischen und wirtschaftlichen Teilhabe, der
 255 Geschlechtergerechtigkeit, der Wahrung unserer planetaren Grenzen und der
 256 Zukunftsfähigkeit getragen sein.

257 Wir GRÜNE wollen jetzt die Chance ergreifen, NRW zur ersten klimaneutralen
 258 Industrieregion in Europa umzugestalten und die sozial-ökologische
 259 Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Erfolg bringen. Wir
 260 wollen nicht weniger als ein grünes Wirtschaftswunder in NRW. Jetzt ist der
 261 richtige Moment, den wir nutzen müssen. Wer diese einmalige Chance vertut, wie
 262 die Bundes- und Landesregierung mit ihren Konjunkturprogrammen und dem so
 263 genannten Kohleausstiegsgesetz, fährt in Richtung Abstellgleis. Mit Werkzeugen
 264 der Vergangenheit lassen sich die Weichen für die Zukunft nicht stellen.

265 Das vom Bundestag beschlossene Kohleausstiegsgesetz, das vielmehr ein
 266 Kohleabsicherungsgesetz ist, stellt nicht die richtigen Weichen. Umweltverbände
 267 wie Greenpeace und BUND sehen in ihm eine einseitige Aufkündigung des
 268 Kohlekompromisses durch Bundes- und Landesregierung. Für uns GRÜNE ist das
 269 Gesetz in der jetzigen Form unzumutbar für künftige Generationen und Menschen in
 270 Ländern des globalen Südens. Ein Kohleausstieg im Jahr 2038 ist klimapolitisch
 271 viel zu spät sowie viel zu teuer. Schuld trägt daran auch die Regierung Laschet,
 272 die RWE Geschenke in Milliardenhöhe gesichert hat – auf Kosten der Interessen
 273 der Menschen in den Tagebaurandkommunen und auf Kosten des Klimaschutzes. Ohne
 274 Begründung ließ sich der Ministerpräsident eine „energiewirtschaftliche
 275 Notwendigkeit“ des Tagebaus Garzweiler ins Gesetz schreiben. Es ist richtig,
 276 dass nun Verfassungsklage gegen dieses Kohleabsicherungsgesetz geführt wird.

277 Für einen **Green New Deal in NRW** fordern wir:

- 278 • Die Landesregierung muss in einem **zweiten Konjunkturprogramm in eine**
 279 **klimafreundliche, widerstandsfähige Wirtschaft in NRW investieren** – vor
 280 allem in den öffentlichen Nahverkehr, in den massiven Ausbau der Rad-
 281 Infrastruktur, in die Erneuerbaren Energien, in einen Sanierungssprung bei
 282 Gebäuden im Bestand, in die Digitalisierung, in regionale
 283 Wirtschaftskreisläufe und in die Dekarbonisierung der Industrie.
- 284 • Ebenfalls erforderlich sind **Investitionen in Sorge-Arbeit**. Professionelle,
 285 gut vergütete Pflege und Kinderbetreuung machen unsere Gesellschaft
 286 widerstandsfähiger, sozialer und lebenswerter und schaffen langfristig
 287 Arbeitsplätze.
- 288 • **Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und eine inklusive, barrierefreie**
 289 **Gesellschaft müssen Richtschnur von Wirtschaftsförderung und öffentlichen**
 290 **Investitionen sein.**
- 291 • Wir wollen den entschlossenen **Einstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren**
 292 **Energien** in NRW. Deshalb brauchen wir endlich einen ordnungspolitischen
 293 Rahmen, der diese wirtschaftliche und klimafreundliche Chance unterstützt.
 294 Die Landesregierung darf insbesondere den **Ausbau der Windenergie in NRW**
 295 nicht länger ausbremsen.
- 296 • Die Zerstörung von Dörfern, Wäldern und fruchtbarem Boden – nur um mit der
 297 Braunkohle darunter die Klimakrise weiter anzufeuern oder für die
 298 Gewinnung von Abraum – ist nicht zu rechtfertigen. Wir wollen in der
 299 Tagebauregion des Rheinlandes zeigen, dass eine gerechte Transformation
 300 gelingen kann und hier eine Region der Zukunft schaffen. Dazu gehört, dass

- 301 kein Mensch, der dort bleiben möchte, mehr aus seinem Zuhause für die
302 Braunkohle vertrieben werden darf. Wir sagen: **Alle Dörfer Bleiben.**
- 303 • Damit NRW von den Chancen profitiert, die im **Europäischen Green Deal**
304 stecken, müssen Bundes- und Landesregierung dafür sorgen, dass die Mittel
305 auch wirklich in denjenigen Regionen ankommen, die am stärksten vom
306 Strukturwandel betroffenen sind. Dazu gehören zweifelsohne das Rheinische
307 Revier und das Ruhrgebiet, gerade hier muss die nachhaltige Transformation
308 vorangetrieben werden. Die Mittel müssen für Investitionen in grüne
309 Technologien, Um-, Nachschulung und Weiterbildung sowie die
310 Wiederherstellung von durch Bergbau zerstörte Landschaft genutzt werden.
311 Öffentliche Mittel kann es aber nicht für Leistungen geben, zu denen die
312 Konzerne ohnehin gesetzlich verpflichtet sind, sondern nur für
313 darüberhinausgehende Wiederherstellungsleistungen. Es ist ein grober
314 Fehler, dass die Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz nicht für den
315 Ausbau der Fahrradinfrastruktur eingesetzt werden können. Wir wollen, dass
316 NRW Fahrradland Nr. 1 wird – sowohl für die Alltagsmobilität als auch für
317 Freizeitaktivitäten.
- 318 • NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir bekennen uns zum
319 Industriestandort NRW. Und genau deshalb fordern wir, **dass die**
320 **Konjunkturprogramme auch als Transformationsprogramme angelegt sein**
321 **müssen.** Sie müssen so ausgestaltet werden, dass sie den sozial-
322 ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen. Wir haben kein
323 Interesse an der Deindustrialisierung unseres Landes. Der
324 Industriestandort NRW wird auf Dauer nur eine Zukunft haben, wenn schon
325 heute hier die klimafreundlichen Produktionsprozesse von morgen angelegt
326 werden.
- 327 • **Eine Schlüsselindustrie für ein Grünes Wirtschaftswunder in NRW ist die**
328 **Stahlbranche.** Doch die steckt tief in der Krise, die durch den Corona-
329 bedingten Einbruch in der stahlverarbeitenden Industrie noch verstärkt
330 wird. Entschiedene Schutz-, Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen und
331 verbindliche Umweltstandards beim Stahlimport der Europäischen Kommission
332 sind jetzt notwendig, damit die Stahlbranche diese kritische Phase
333 übersteht. Das bisher geplante Ausmaß der Unterstützung reicht allerdings
334 bei weitem nicht aus, um der Stahlbranche in Europa eine Perspektive zu
335 geben. Mittel- und langfristig hat nur eine klimaneutrale Stahlbranche in
336 Europa eine Zukunft. Deshalb ist jetzt genau nicht der Zeitpunkt, über
337 Lockerungen von Klimaauflagen zu sprechen. Vielmehr braucht die
338 Stahlbranche Unterstützung im Transformationsprozess. Wir GRÜNE setzen uns
339 gegenüber Landes- und Bundesregierung weiter für eine europäische
340 Stahlstrategie ein, mit dem Ziel, die europäische Stahlindustrie zum
341 grünen Technologieführer zu machen. Kernelement dieser Stahlstrategie
342 sollte ein ordnungsrechtlicher Rahmen sein, der neben einem CO2-
343 Mindestpreis auch Klimaverträge mit der Industrie beinhaltet. Sie sorgen
344 dafür, dass sich eine Umstellung auf klimaneutrale Produktion lohnt und
345 schaffen zudem mit Quoten für klimaneutralen Stahl langfristige
346 Absatzmärkte.
- 347 • Für NRW ist auch die Chemieindustrie von überragender Bedeutung. Bisher
348 beruht ihre Produktion überwiegend auf endlichen Rohstoffen, vor allem auf
349 Erdöl. Viele Chemikalien sind belastend für unsere Gesundheit und die
350 Umwelt. **Wir unterstützen eine Strategie für nachhaltige Chemikalien, deren**
351 **Rohstoffbasis auf erneuerbaren Ressourcen und Kreislaufwirtschaft beruht.**
352 Unser Ziel ist eine giftfreie Umwelt. Hohe Standards müssen für alle
353 Chemikalien im europäischen Markt gelten. Nachhaltige Chemikalien müssen

354 zur Basis eines neuen Investitionszyklus in der Chemieindustrie werden,
 355 damit nicht auch in dieser Schlüsselbranche Zukunftstechnologien anderswo
 356 entwickelt werden. Europa hat bei sauberer Chemie weltweit einen
 357 Vorsprung, davon kann NRW profitieren.

358 • Die katastrophalen Zustände in der Fleischindustrie in NRW kritisieren wir
 359 GRÜNE nicht erst seit dem Corona-Ausbruch. NRW bezieht einen großen Teil
 360 seiner Wertschöpfung aus einem System, das auf Dumping-Preisen, Dumping-
 361 Löhnen und ständigen Verletzungen des Arbeitsschutzes basiert. Ein System,
 362 das auf Massentierhaltung beruht und die Arbeit der Bäuer*innen entwertet.
 363 Kurzfristig brauchen wir eine absolute Priorität beim Hygiene- und
 364 Arbeitsschutz sowie das Verbot von Werkverträgen und die
 365 Generalunternehmerhaftung. Mittel- und langfristig stehen wir GRÜNE dafür,
 366 wieder regionale Wertschöpfung in der Lebensmittelbranche zu etablieren.
 367 Dazu gehören auch regionale Strukturen in der Schlachtbranche. Damit
 368 können wir sowohl Tiertransporte und Tierleid verringern als auch eine
 369 bäuerliche Erzeugerstruktur stärken. **Wir brauchen endlich**
 370 **Qualitätsprodukte mit Mehrwert statt Billigfleisch zu Dumpingpreisen.**

371 **Eine neue Teilhabegesellschaft mit und nach** 372 **Corona - sozial, ökologisch und demokratisch**

373 Die Corona-Krise betrifft uns alle, aber sie trifft manche härter als andere.
 374 Bestehende soziale Ungleichheiten wurden durch die Krise weiter verschärft und
 375 neue Schieflagen produziert. Gleichzeitig haben wir eine neue Wertschätzung für
 376 gesellschaftliche Solidarität und einen vorsorgenden und versichernden
 377 Sozialstaat erfahren. Dieser Solidargedanke muss auch die mittel- und
 378 langfristige Bewältigung der Pandemie prägen. Das bedeutet auch,
 379 Verteilungsfragen zu stellen - und gerecht zu beantworten, damit durch die Krise
 380 nicht von unten nach oben umverteilt wird.

381 Durch die Krise müsste endlich allen klar sein: Für einen schlanken Staat zahlen
 382 wir am Ende eine dicke Rechnung. Kostenreduktion um jeden (gesellschaftlichen)
 383 Preis muss dem Prinzip der Vorsorge weichen. Die Welle des Kaputtsparens der
 384 Verwaltungen etwa in den öffentlichen Gesundheitsämtern oder im Arbeitsschutz
 385 ging zu Lasten derer, die auf gut ausgestattete staatliche Infrastruktur
 386 besonders angewiesen sind, weil sie sich nicht aus den öffentlichen Angeboten
 387 herauskaufen können. Wir GRÜNE wollen aus dieser Krise die richtigen Schlüsse
 388 ziehen, um gestärkt aus ihr hervorzugehen. Wir wollen eine Gesellschaft der
 389 Vielen, in der jede*r ungeachtet des Geschlechts, der Herkunft oder anderer
 390 Merkmale gleiche gesellschaftliche und politische Teilhabe erfährt.

391 **Teilhabe durch gute Gesundheitsvorsorge**

392 Dass wir im internationalen Vergleich gut durch die Krise gekommen sind, hat
 393 auch damit zu tun, dass unsere öffentliche Daseinsvorsorge in zentralen
 394 Bereichen nicht privatisiert und die Gesundheitsversorgung nicht komplett dem
 395 Individuum auferlegt sind. Und dort, wo Vorhaltungskapazitäten zunächst fehlten,

396 war dies oft auf den gestiegenen Profitdruck im Gesundheitssystem
397 zurückzuführen.

398 Wir GRÜNE wollen das Gesundheits- und Pflegewesen aufwerten – das bedeutet eine
399 bessere Personalausstattung, höhere Löhne, mehr Reservekapazitäten, die
400 Rücknahme von Leistungsausgrenzungen und nicht zuletzt die Stärkung des
401 öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Profitorientierung im Gesundheitsbereich
402 muss enden.

403 In der aktuell laufenden Diskussion um die Zukunft der Krankenhausplanung setzen
404 wir auf einen Ansatz vielfältig aufgestellter Gesundheitsregionen, in denen
405 Standorte mit Grundversorgung, solche mit fachlicher Spezialisierung, die
406 Möglichkeiten der Digitalisierung – Stichwort: virtuelles Krankenhaus – und ein
407 gutes Netz niedergelassener Ärzt*innen in einem zukunftsfähigen Gesamtkonzept
408 zusammengebracht werden. Oberster Maßstab ist für uns die Versorgungssicherheit
409 und ein an den Bedarfen der Menschen aufgestelltes Gesundheitssystem, das in
410 zentralen Bereichen den Kräften des Marktes und der Profitorientierung entzogen
411 ist.

412 Damit unser Gesundheitssystem für alle gleich zugänglich ist, wollen wir
413 Angebote und eine gesundheitliche Kommunikationsstrategie für nicht-
414 deutschsprachige und Menschen mit Migrationshintergrund zur Verfügung stellen.

415 **Teilhabe durch gute Arbeit und soziale Sicherheit**

416 Wie sehr wir alle von Erzieher*innen, Verkäufer*innen und speziell von Menschen
417 in den Gesundheitsberufen abhängen, wurde in der Krise deutlich. Die politische
418 Gunst der Stunde, diese als systemrelevant identifizierten Berufe auch
419 tatsächlich langfristig besser zu bezahlen und in den Schutz von Tarifverträgen
420 einzubeziehen, darf nicht verpasst werden. Die Stützen unserer Gesellschaft
421 dürfen nicht mit Applaus und Einmalzahlungen abgespeist werden. Ihre
422 Arbeitsbedingungen und ihre Entlohnung wollen wir durch Rahmentarifverträge und
423 höhere Branchenmindestlöhne strukturell verbessern, im Handel etwa über eine
424 Initiative zur Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeit der bestehenden
425 Tarifverträge.

426 In der Pflege und im Sozial- und Erziehungsbereich verschärft sich der
427 Fachkräftemangel in den zunehmend hochqualifizierten Tätigkeiten immer weiter.
428 Personalgewinnung kann in diesen Bereichen nur mit entsprechend guter Bezahlung
429 und besseren Arbeitsbedingungen gelingen. In vorrangig von Männern ausgeübten
430 Berufen mit vergleichbarer Qualifizierung sind die Löhne deutlich höher. Wir
431 streiten für gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dabei geht es
432 auch um eine generelle Neubewertung von (Care- bzw. Sorge-)Tätigkeiten.

433

434 Für Menschen, die schon vor der Corona-Pandemie in Armut lebten, sind die Folgen
435 der Krise besonders tiefgreifend. Längst ist der Gang zur Tafel für Menschen in
436 der Grundsicherung zur Normalität geworden. Denn die viel zu niedrig bemessenen
437 Regelsätze reichen kaum aus, um durch den Monat zu kommen. Davon ist der Frisör,
438 der seinen Lohn mit Hartz IV aufstocken muss, genauso betroffen wie Kinder in

439 Bedarfsgemeinschaften oder die Rentnerin, die mit der Grundsicherung im Alter
440 ihre kleine Rente ausgleichen muss.

441 In Nordrhein-Westfalen trifft dies besonders viele Menschen. In der Corona-Krise
442 sind viele der wichtigen Hilfsangebote weggebrochen und gleichzeitig die Kosten,
443 z. B. durch erhöhte Lebensmittelpreise, gestiegen. Deshalb fordern wir als
444 kurzfristige Maßnahme einen monatlichen Zuschlag in der Grundsicherung von 100
445 Euro für Erwachsene sowie 60 Euro für Kinder und Jugendliche.

446 Die Corona-Krise hat uns aber auch gezeigt, wo unser soziales Netz generell
447 löchrig ist und wie wir es für zukünftige Krisen enger stricken müssen. Deshalb
448 wollen wir Hartz IV überwinden und mit der Grünen Garantiesicherung das soziale
449 Sicherungsversprechen erneuern. Mit deutlich höheren Regelsätzen, die das
450 soziokulturelle Existenzminimum sichern und Teilhabe garantieren. Mit
451 passgenauer Förderung sowie Beratung auf Augenhöhe und einem Ende der
452 Sanktionspraxis in den Jobcentern. Mit individuellen Leistungen ohne Anrechnung
453 des Partner*in-Einkommens. Mit Hinzuverdienstregeln, die sicherstellen, dass
454 Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Wir wollen und
455 dürfen nicht zulassen, dass die Corona-Krise zu einer Gerechtigkeits- und
456 Armutskrise wird.

457 Mit dem Abflauen der ersten Pandemie-Welle ist ein guter Zeitpunkt gekommen,
458 Home-Office bzw. mobiles Arbeiten politisch verbindlich zu gestalten. Die
459 Erfahrungen aus der Krise haben das Potenzial für Umwelt, Klima, eine
460 Verkehrswende und mehr Zeit für die Familie aufgezeigt. Hier können wir die
461 Chancen des digitalen Wandels nutzen. Wir setzen uns für ein Recht auf Home-
462 Office in allen Tätigkeitsfeldern und Bereichen, wo dies möglich ist, ein. Dabei
463 muss klar sein: Home-Office ist kein Ersatz für Kinderbetreuung.
464 Arbeitnehmer*innen müssen mit klaren, an neue Arbeitsmodelle angepasste, aber
465 nicht weniger restriktiven arbeitsrechtlichen Regelungen vor einer Entgrenzung
466 von Privatem und Beruflichen geschützt werden. Zudem muss es verlässliche
467 Regelungen im Rahmen der Arbeitsstättenverordnung geben, damit der
468 Gesundheitsschutz auch im Home-Office gewährleistet ist. Weiterhin müssen wir
469 Arbeitnehmer*innen wirksam vor Überwachung und Verletzung ihrer Privatsphäre
470 über digitale Geräte im Home-Office schützen.

471 **Teilhabe durch demokratische Mitsprache**

472 Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der demokratische,
473 gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe für alle ermöglicht. Es geht um nichts
474 weniger als die Demokratisierung aller Lebensbereiche. Dafür treten wir GRÜNE
475 seit langem ein. Beteiligungsmöglichkeiten müssen gestärkt werden, etwa durch
476 zufallsgeloste Bürger*innenräte auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis
477 zur EU. Wir werden die Möglichkeit der Digitalisierung für wirkmächtige,
478 demokratische und partizipative Prozesse nutzen, demokratische Mitbestimmung in
479 Schulen und Betrieben ausweiten und dafür sorgen, dass sich die Vielfalt unserer
480 Gesellschaft, insbesondere unserer Einwanderungsgesellschaft, besser in unseren
481 Parlamenten abbildet. Wir GRÜNE NRW wollen als Partei einlösen, was wir für die

482 ganze Gesellschaft fordern: strukturelle Diskriminierung mit strukturellen
483 Änderungen zu beantworten.

484 Ausgehend von den USA ist die Black Lives Matter-Bewegung nach dem Mord an
485 George Floyd durch Polizisten erstarkt und um die Welt gegangen. Auch in
486 Deutschland haben im Frühjahr hunderttausende Menschen gegen Rassismus
487 demonstriert und eine wichtige Debatte über rassistische Diskriminierung und
488 Gewalt vorangetrieben. Wir solidarisieren uns mit der Bewegung und bekräftigen
489 unsere bestehenden antirassistischen Positionen. Gerade vor dem Hintergrund der
490 schrecklichen rechtsterroristischen Anschläge der letzten Jahre wie dem Mord an
491 Walter Lübcke, Halle und Hanau, müssen wir uns in unseren Kommunen mit aller
492 Kraft als Demokrat*innen gemeinsam gegen Hass und Hetze stellen.

493 Deshalb fordern wir einen Aktionsplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus in
494 der Polizei, unseren öffentlichen Institutionen sowie eine Aufklärung und
495 Aufarbeitung deutscher kolonial-rassistischer Geschichte. Wir bekennen uns zu
496 der von der AG Vielfalt des Bundesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
497 entwickelten Instrumenten: Repräsentation gesellschaftlicher Vielfalt als
498 verpflichtendes Satzungsziel, das regelmäßig evaluiert wird; Empowerment über
499 Mentoring und andere Programme sowie Institutionalisierung der Ziele über
500 entsprechende Strukturen in unserer Partei.

501 **Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**

502 Kinder und Jugendliche sind von der Corona-Krise am stärksten betroffen und
503 müssen am längsten mit den politischen Entscheidungen von heute leben. Sie haben
504 aber kaum politisches Mitspracherecht. Wir GRÜNE unterstützen junge Menschen
505 dabei, echte Mitspracherechte und Beteiligung zu erstreiten. Es ist höchste
506 Zeit, dass Bund und Länder das Wahlalter für alle Wahlen auf 16 absenken. Dies
507 muss der erste Schritt sein, um politische Mitbestimmung für alle Menschen
508 unabhängig ihres Alters zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder
509 und Jugendliche in Kitas, Schulen und in den Städten und Gemeinden dauerhaft
510 mehr Mitspracherechte erhalten.

511 Junge Menschen haben in den letzten Monaten auf vieles verzichten müssen. Viele
512 haben sich darüber hinaus solidarisch gezeigt und beispielsweise Einkäufe für
513 Risikogruppen organisiert. Über Monate hatten Jugendliche und junge Erwachsene
514 so gut wie keine Räume der Zusammenkunft. Wir setzen uns dafür ein, dass
515 gemeinsam mit den Kommunen neue Konzepte erarbeitet werden, wie unter freiem
516 Himmel unter Einhaltung klarer Hygienevorschriften Freiräume geschaffen werden –
517 zum Zusammensein, Tanzen und Feiern. Denn Kinder und Jugendliche brauchen auch
518 mehr Platz und (Frei-)Räume in unseren Städten und Gemeinden – auf öffentlichen
519 Plätzen, im Straßenverkehr, in Jugendzentren und durch mobile Angebote. Und
520 Kinder und Jugendliche brauchen eine bessere finanzielle Absicherung. Deshalb
521 streiten wir für eine Kindergrundsicherung. Mit den erhöhten Hygienebedingungen,
522 die den Besuch der Kita oder Schule schon mit einem leichten Schnupfen
523 ausschließen, werden viele Kinder absehbar häufiger zu Hause betreut werden
524 müssen – deshalb streiten wir weiter für ein Corona-Elterngeld.

525 **Teilhabe durch Gleichberechtigung**

526 Die Corona Krise ist zu einer Krise der Frauen geworden. Deutlich mehr Frauen
527 als Männer verlieren durch die Krise und aufgrund der Ausrichtung der
528 Konjunkturpakete auf traditionell männerdominierte Branchen ihre Jobs.
529 Gleichzeitig leisten sie noch mehr Care-Arbeit von Pflege über Haushalt und
530 Erziehung, die durch den Wegfall staatlicher Leistungen anfällt. Weibliche
531 Stimmen fehlen dadurch im öffentlichen Diskurs. Frauen dürfen nicht zu den
532 Verliererinnen der Krise werden. Wir brauchen mehr Frauen in verantwortlichen
533 Positionen im Krisenmanagement und auf allen Entscheidungsebenen.

534 Frauen gehört die Hälfte der Macht. Die im Artikel 3 des Grundgesetzes
535 garantierte Gleichberechtigung der Geschlechter muss auch in unseren Parlamenten
536 endlich Realität werden. Deshalb setzen wir uns für ein verfassungsfestes
537 Paritätsgesetz in NRW und auf Bundesebene ein, welches ein gleichberechtigtes
538 Verhältnis von Männern und Frauen festschreibt, aber auch die sog. "dritte
539 Option", also Menschen mit dem Personenstand "divers" berücksichtigt.

540 Konjunkturmittel müssen mindestens hälftig explizit bei weiblichen Beschäftigten
541 und von Frauen geführten Unternehmen ankommen und das Leben von Frauen
542 verbessern. Dafür braucht es vorausschauende Planung durch Gender-
543 Folgeabschätzung vor Einsatz der Mittel aus den Konjunkturpaketen sowie wirksame
544 Kontrolle mittels Gender Budgeting-Programmen, die der strukturellen
545 Benachteiligung von Frauen entgegenwirken – von Quotierung in der Wirtschaft und
546 auf dem Arbeitsmarkt über den Ausbau von Betreuungsinfrastruktur bis hin zu
547 Programmen, die im Bildungsbereich ansetzen –, müssen in der Krise ausgebaut und
548 verstärkt werden. Alleinerziehende und von Mehrfachdiskriminierung Betroffene,
549 etwa aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder einer Behinderung, sind von der
550 Krise häufig besonders stark betroffen und müssen deshalb auch besonders in den
551 Fokus dieser Maßnahmen rücken.

552 Stay-at-home bedeutete insbesondere für einige Frauen und ihre Kinder eine
553 Potenzierung der Gewalt, die sie auch sonst schon zu Hause durch ihren Partner
554 erleben müssen. Das Ausmaß wird erst langsam sichtbar. Schon vor Corona waren
555 Frauenhäuser überlastet. Aber jetzt brauchen sie ebenso wie die
556 Frauenberatungsstellen zusätzliche Mittel, Betroffenen zu helfen. Deshalb
557 fordern wir ein Maßnahmenpaket gegen häusliche Gewalt in der Corona-Krise und
558 eine Stärkung der Hilfsangebote für betroffene Frauen sowie ein lautstarkes
559 außenpolitisches Bekenntnis zur Einhaltung der Istanbul-Konvention.

560 Auch mussten queere Projekte im Zuge des Lockdowns heruntergefahren oder
561 pausiert werden. Viele Prides mussten abgesagt werden. Gerade in dieser
562 schwierigen Zeit für die queere Community sagen wir klar: Wir werden jetzt erst
563 recht gegen jede Queerfeindlichkeit und für eine diverse, freie und offene
564 Gesellschaft kämpfen. Deshalb fordern wir einen Rettungsschirm für queere
565 Projekte.

566

567 Auch Jugendliche sowie ältere, ärmere oder obdachlose Menschen und Menschen mit
568 Behinderung, psychischen und/oder chronischen Erkrankungen, gehören zu den

569 besonders Gefährdeten in der Krise, die unsere Aufmerksamkeit und Solidarität
570 verdienen.

571 **Teilhabe durch Vorsorge**

572 Deutschland lebt seit Jahrzehnten von seiner Substanz, was die Infrastruktur
573 betrifft. Das sehen wir jetzt überdeutlich bei Gesundheitsämtern,
574 Arbeitsschutzbehörden, der hygienischen Ausstattung von Schulen oder dem
575 öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere Kommunen brauchen einen Rettungsschirm,
576 müssen mit der Hilfe von Bund und Land von ihren Altschulden befreit und in die
577 Lage versetzt werden, Vorsorge durch eine funktionierende Infrastruktur zu
578 leisten.

579 Vorsorge und Krisenfestigkeit müssen auch leitende Prinzipien der
580 Wirtschaftspolitik werden. Viele Unternehmen in Europa sind zu stark auf globale
581 Lieferketten und einzelne Zuliefer(länder) angewiesen, selbst bei essenziellen
582 Gütern wie Medikamenten und Gesundheitstechnik. Das macht unsere Wirtschaft und
583 unsere Versorgung verletzlich. Europa und Deutschland brauchen eine
584 Pandemiewirtschaft für lebensnotwendige Güter und müssen mehr auf regionale
585 Wirtschaftskreisläufe setzen.

586 **Teilhabe durch Digitalisierung**

587 Mit der Pandemie haben wir einen Schub der Digitalisierung in unseren Alltag
588 erlebt. Was sich durch Corona ungeplant entwickelt hat, muss jetzt politisch
589 gestaltet werden und mit Datensouveränität und zeitgemäßem, modernen
590 Arbeitsrecht in Einklang gebracht werden. Spätestens seit Corona ist ohne Zugang
591 zur digitalen Welt Teilhabe an unserer Gesellschaft unmöglich geworden. Das
592 bedeutet zum einen: Schnelles Internet an jeder Milchkanne ist Teil der
593 Daseinsvorsorge. Und ohne digitales Know-How, Internetanschluss und Endgeräte
594 werden nicht nur Schüler*innen abgehängt, sondern auch gerade ältere Menschen
595 und Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Sie brauchen Unterstützung, damit
596 Digitalisierung soziale Ungleichheiten nicht weiter verschärft. Wir brauchen
597 deshalb auch einen Digitalpakt für die Sozialwirtschaft, um Angebote durch die
598 Krise hindurch und auch danach aufrecht zu erhalten.

599 Die Corona-App hat gezeigt, dass Datensicherheit und -sparsamkeit mit digitalem
600 Fortschritt Hand in Hand gehen können. Das führt zu einer hohen Akzeptanz der
601 App, auch im internationalen Vergleich. Hier liegt für uns die Zukunft der
602 Digitalisierung Made in NRW. Allerdings zeigt sich auch bei der Corona-App, dass
603 wir die digitale Teilhabe barriereärmer gestalten müssen. Viele Menschen in
604 unserem Land können die App nicht nutzen, da ihre Smartphones nicht den neuesten
605 Standards entsprechen.

606 Dem Einzelhandel droht durch die Corona-Krise eine Pleitewelle und gleichzeitig
607 eine noch größere Konzentration auf einige wenige Online-Händler. Weder Bundes-
608 noch Landesregierung haben eine Antwort auf diese Prozesse, die durch Corona
609 lediglich beschleunigt werden. Wir brauchen dringend mehr Förderung für die
610 Digitalisierung des Einzelhandels und Maßnahmen, um Leerstand und Verödung von
611 Innenstädten und Dörfern zu verhindern. Die Bundesregierung muss die EU-

612 Ratspräsidentschaft für eine faire europäische Besteuerung der Internetriesen
613 nutzen.

614 Die Digitalisierung kann die Energiewende voranbringen, sie kann uns neue Wege
615 aufzeigen, Energie und Ressourcen zu sparen, unsere Umwelt und Arten zu schützen
616 und kann den Beschäftigten mehr Freiheitsgrade – und nicht mehr Druck – in der
617 Arbeitswelt verschaffen, der Selbstbestimmtheit der Einzelnen dienen. Nichts
618 davon geschieht aber von allein. Digitalisierung ist das Werkzeug, eine
619 Nachhaltigkeitsgesellschaft das Ziel.

620 **Zukunft entscheidet sich hier - mit** 621 **Gestaltungsfreude und Zuversicht in die** 622 **Kommunalwahl**

623 Wir GRÜNE treten bei der Kommunalwahl am 13. September dafür an, Mut zu machen
624 und Hoffnung auf ein besseres Morgen zu geben. Damit fangen wir dort an, wo der
625 Alltag stattfindet: in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Denn Zukunft
626 entscheidet sich hier.

627 In den Kommunen gestalten wir heute das Morgen:

- 628 • Mit einer **Neuaufteilung des öffentlichen Raums** – für Fußgänger*innen,
629 Radfahrer*innen und spielende Kinder, für genügend Raum zum Abstandhalten
630 und für zusätzlichem Platz für Gastronomie und Kultur. Andere europäische
631 Städte und auch Berlin machen es vor. Mit autofreien Innenstädten wie in
632 Brüssel, den zahlreichen Pop Up-Bikelanes in Berlin und den Gastro-Meilen
633 wie in Wien wurde städtischer Raum in der Corona-Krise neu verteilt.
634 Städte in NRW waren nicht so mutig und erhielten für ihre Überlegungen
635 auch keinerlei Unterstützung durch die Landesregierung.
- 636 • Mit einer **sozialen und ökologischen Stadt- und Gemeindeentwicklung** stärken
637 wir den Zusammenhalt. Wir wollen Stadtviertel und Gemeinden so gestalten,
638 dass Jung und Alt gut und selbstbestimmt zusammenleben: in lebendigen
639 Quartieren, auf belebten Plätzen und in Ortschaften der „kurzen Wege“ –
640 ohne Barrieren. Wir sorgen dafür, dass Orte ihre Identität bewahren,
641 verhindern Wildwuchs und Flächenfraß und schaffen Raum für
642 zukunftsweisende Ideen.
- 643 • Wir wollen **bezahlbares Wohnen für Alle**. Besonders in den Regionen NRWs mit
644 wachsender Bevölkerung brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir sorgen
645 dafür, dass die Menschen dort wohnen können, wo sie leben möchten.
646 Kommunen müssen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil
647 mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den sozialen
648 Mietwohnungsbau investieren. Statt Mieterrechte in der Pandemiezeit zu
649 stärken, hat die Landesregierung seit dem 1.7. mit Inkrafttreten der
650 sogenannten „Mieterschutzverordnung“ den Mieterschutz in NRW massiv
651 runtergefahren. In nur noch 18 statt bislang 59 Städte greift die
652 Verordnung, Städte mit einem hohen Mietendruck wie Bielefeld oder Aachen
653 sind herausgefallen. Diese Fehlentscheidung werden wir Grüne in
654 Regierungsverantwortung rückgängig machen. Wir wollen kommunale
655 Wohnungsbaugesellschaften stärken, eine sozial gerechte Bodennutzung
656 vorantreiben und in Bebauungsplänen eine verbindliche Quote für sozialen
657 Wohnungsbau festschreiben. Wir GRÜNE unterstützen Baugruppen,

- 658 Genossenschaften und alternative, gemeinschaftliche Wohnformen, die
659 preiswert Wohnraum schaffen.
- 660 • Wir wollen in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen ein
661 **klimafreundliches, attraktives, bezahlbares und bedarfsgerechtes**
662 **Mobilitätsangebot** schaffen, mit dem alle bequem und stressfrei zum Ziel
663 kommen. Eines, das die Umwelt schützt und für mehr Lebensqualität in
664 unseren Orten sorgt. In mittleren und großen Städten NRWs wollen wir,
665 sofern vor Ort möglich und sinnvoll, mittelfristig autofreie Innenstädte.
666 Dafür brauchen wir vor allem ein besseres und attraktiveres Angebot der
667 öffentlichen Verkehrsmittel, sichere und komfortable Infrastruktur für
668 Fahrräder und Pedelecs, CarSharing-Angebote und eine gute Vernetzung aller
669 Verkehrsmittel. Wir führen einen NRW-weiten Mindesttakt von Bus und Bahn
670 ein. Die Kommunen sind dabei durch entsprechende Förderprogramme
671 finanziell zu unterstützen. Wir GRÜNE machen NRW zum Fahrradland Nr. 1.
672 Dafür wollen wir in den Städten, Gemeinden und Kreisen mehr in Sicherheit,
673 Qualität und Attraktivität des Radverkehrs investieren. Mit
674 Radwegkonzepten und Radverkehrsbeauftragten in den Kommunen werden wir
675 dem Thema einen höheren, angemessenen Stellenwert geben.
- 676 • Wir GRÜNE stehen für **den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen**, für
677 den Schutz der Natur und unserer Artenvielfalt. Wir treiben ökologisches
678 Wirtschaften voran. Wir fördern Klimaschutz im Kleinen, der Großes
679 bewirkt. Dazu zählen zum Beispiel der beschleunigte Ausbau Erneuerbarer
680 Energien wie Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden und die Förderung von
681 privaten Solaranlagen, ebenso wie moderne effiziente Konzepte zur
682 Energieversorgung in Wohn- und Gewerbegebieten, oder auch verbesserte
683 Bedingungen für lokal emissionsfreie Antriebe. Wir fördern einen neuen
684 Umgang mit Flächen: Die Potentiale von Flächenrecycling wollen wir
685 ausschöpfen, um den Verbrauch neuer Flächen zu reduzieren und ökologische
686 und wirtschaftliche Interessen in Einklang zu bringen, die Lebensräume
687 lokaler Tier- und Pflanzenarten zu schützen und dazu Natur- und
688 Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotop besser vernetzen.
689 Kommunale Flächen, Wälder und Gewässer sollen umweltverträglich und
690 nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir setzen uns für eine Landwirtschaft
691 im Einklang mit der Natur ein und arbeiten dazu partnerschaftlich mit
692 allen Landwirt*innen zusammen. Wir wollen mehr Dach- und Fassadenbegrünung
693 ermöglichen, um auch hier Lebensräume zu öffnen. Mit kommunalen
694 Biodiversitätsstrategien und Freiflächenkonzepten zum Schutz der Arten
695 werden wir vor Ort neue Lebensräume schaffen.
- 696 • Wir stehen für **soziale Städte und Gemeinden** mit einer starken
697 Infrastruktur. Die Pandemie macht den Wert der Daseinsvorsorge deutlich
698 und zeigt, wie wichtig Reservekapazitäten sind. Wir wollen ein
699 flächendeckendes Netz der Gesundheitsvorsorge und starke soziale
700 Einrichtungen. Die Kinderbetreuung und den Ganztags an Grundschulen wollen
701 wir weiter ausbauen und die Gebühren dafür mit dem Langfristziel der
702 Gebührenfreiheit zunächst so weit wie möglich senken, unter der Bedingung,
703 dass die Qualität darunter nicht leidet. Wir setzen uns für die
704 Integration von Geflüchteten ein und streiten dafür, dass Kultur und
705 Sozialleistungen der Krise nicht zum Opfer fallen.
- 706 • **Wir nehmen ernst, wem die Zukunft gehört - Kindern und Jugendlichen.** Sie
707 sind diejenigen, die am längsten mit den Folgen der Entscheidungen von
708 heute leben werden. Wir schaffen mehr Beteiligung, mehr Platz und mehr
709 Unterstützung für Kinder und Jugendliche in unseren Städten und Gemeinden.
- 710 • Wir machen unsere **Kommunen zu starken Orten der wehrhaften Demokratie &**
711 **Vielfalt**, wo Menschen verschiedenster Identitäten wie unterschiedlicher
712 Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Identität sich austauschen

713 und gemeinsam ihre Nachbarschaften gestalten können. Wir wollen gezielt
714 kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen
715 und demokratische Begegnungsorte schaffen gerade mit Blick auf den Bedarf
716 verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, z. B. Frauen, Migrant*innen,
717 Jugendliche, alte Menschen und queere Personen.

718 • **Kinderschutz** ist uns ein zentrales Anliegen und muss auch in der
719 Pandemiezeit gewährleistet sein. Fälle von Kindeswohlgefährdung haben in
720 den Monaten des Lockdowns deutschlandweit zugenommen. Die Schließung von
721 Schulen und Kitas, ebenso wie die deutlich geringere Erreichbarkeit von
722 Jugendämtern und die Reduzierung von aufsuchender Familienhilfe hat es
723 erschwert, mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu bleiben und mögliche
724 Gefährdungsanzeichen frühestmöglich zu erkennen. Wir sehen die Gefahr,
725 dass sexualisierte Gewalt noch weiter ins Verborgene abrutscht. Umso
726 wichtiger ist es, sowohl die Jugendämter als auch die freien Träger
727 entsprechen finanziell und personell und mit ausreichend
728 Infektionsschutzmasken so auszustatten, dass ihre Arbeit bei einem
729 erneuten Shutdown unter Beachtung des Infektionsschutzes weitergeführt
730 werden kann. Wir müssen die Vielfalt der Träger der Jugendhilfe erhalten
731 und stärken, damit keine Versorgungslücken in der Jugendhilfelandchaft
732 entstehen. Nur so können wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen
733 zukünftig sicherstellen.

734 Unsere Städte brauchen Gestaltungsspielraum. Gerade in der Corona-Krise zeigt
735 sich, wie wichtig handlungsfähige Kommunen sind. Gleichzeitig steigen die
736 krisenbedingten Ausgaben, z. B. in den Gesundheitsämtern oder kommunalen
737 Krankenhäusern. Die Fixkosten, etwa für den Betrieb von Kitas, Museen, Theatern,
738 Bibliotheken oder des ÖPNV, bleiben weitestgehend bestehen. Die Einnahmen aus
739 Gebühren und Eintrittsgeldern gehen dagegen stark zurück oder bleiben komplett
740 aus. Vor allem die steuerlichen Einnahmeausfälle werden die Kommunen hart
741 treffen, wie etwa bei der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle.

742 Die Entlastung der kommunalen Haushalte über die stärkere Übernahme der Kosten
743 der Unterkunft durch den Bund ist schon lange grüne Forderung, kann aber nur ein
744 erster Schritt sein. **Wir sehen Bund und Länder in der Verantwortung die Kommunen
745 bei der Bewältigung der Altschuldenproblematik zu unterstützen.** Die Bundes- und
746 die Landesregierung kneifen bei der Altschuldenfrage weiterhin. Wir brauchen ein
747 zweites Landeskompakt, in dem endlich eine Lösung zur Entschuldung der
748 Kommunen gefunden wird. Damit es überall in NRW genug Geld für Schwimmbäder,
749 Büchereien und attraktive Spielplätze gibt.